

# mitarbeiten 03/2012

## Informationen der Stiftung Mitarbeit

Die Stiftung MITARBEIT  
ist umgezogen.  
Neue Adresse:  
Ellerstr. 67 · 53119 Bonn

www.buergergesellschaft.de · www.mitarbeit.de

Gespräch mit Prof. Dr. Roland Roth



## »Bürgerbeteiligung fängt im Kopf der Entscheider an«

Wie kann die Demokratisierung der Demokratie gelingen? Prof. Dr. Roland Roth forscht seit vielen Jahren an der Schnittstelle von Demokratieentwicklung, bürgerschaftlichem Engagement und sozialen Bewegungen. Im Gespräch mit der Redaktion zeigt sich der Politikwissenschaftler überzeugt: eine Vitalisierung der Demokratie gelingt nur, wenn sie mit einer strukturellen Aufwertung der Bürgerbeteiligung verknüpft ist.

Frage: Im Bund und in vielen Kommunen in Deutschland gibt es in Politik und Verwaltung immer noch vielfach Vorbehalte gegen eine Ausweitung der Bürgerbeteiligung. Trotz vieler Fortschritte: Was sind die Haupthindernisse auf dem Weg, Bürgerbeteiligung zu stärken und auszuweiten?

Roland Roth: Im Grunde liegt das Hauptproblem darin, dass Bürgerbeteiligung strukturfremd ist. Trotz aller Protestbewegungen und Beteiligungsschübe seit den 1960er Jahren herrscht vielerorts immer noch mehrheitlich das Verständnis vor, dass Wahlen in einer repräsentativ ausgestalteten Demokratie das

ausreichende Mittel der Bürgerbeteiligung sind. Deshalb bleibt Bürgerbeteiligung randständig.

Viele Bürgerinnen und Bürger wollen sich aber einmischen und ihr Umfeld mitgestalten. Welchen Einfluss hat dieses bürgerschaftliche Engagement auf die politische Kultur?

Parteien haben in der Vergangenheit als Vermittlungsinstitutionen eine zentrale Rolle im politischen Prozess gespielt, und sie werden dies auch weiterhin tun. Doch das Modell der Bundesrepublik als »Parteien- und Verbändestaat«, in dem die Bürgerschaft in Gestalt von

Spitzenorganisationen am Regierungsgeschäft beteiligt wird, funktioniert nicht mehr. Mein Eindruck ist, dass wir den Zeitpunkt schon fast verpasst haben, angesichts der Erosionsprozesse des klassischen, politischen Vermittlungssystems zeitgemäße Alternativen zu entwickeln. Alternativen, die offen sind für individuelle Beteiligungsformen, die in Rechnung stellen, dass wesentliche Sachthemen immer wieder neu mit den Bürger/innen verhandelt werden müssen und nicht vorab von Experten oder Gremien festgelegt werden können. Eingriffe in die Alltagswelt der Bürgerinnen und Bürger lassen sich nicht mehr einfach verordnen oder durch Gesetz befehlen. Wir müssen Abschied nehmen von der Basta-Politik, die immer noch die politische Kultur beherrscht. Es ist eine produktive Reform der Mitwirkung angesagt.

Wie könnte diese Reform aussehen? Worauf kommt es an?

Zunächst einmal: Bürgerbeteiligung fängt im Kopf der Entscheider an. Diese müssen zu der Einsicht gelangen, dass sich die Herausforderungen in ihren jeweiligen Fach- und Verantwortungsbereichen besser beteiligungsorientiert gestalten lassen. Sie müssen überzeugt werden, dass Bürgerbeteiligung trotz aller damit verbundenen Herausforderungen ein produktiver Prozess ist, dass durch Beteiligung ein Nutzen entstehen kann, der allen Beteiligten zugute kommt. Das zentrale Argument für diesen Sinneswandel wäre: durch ein Mehr an Bürgerbeteiligung werden die zutreffenden Entscheidungen besser, auch besser legitimiert und von der Bevölkerung eher akzeptiert. Und nicht zuletzt machen Beteiligungsverfahren häufig Alternativen sichtbar, auf die man ohne Beteiligung nicht gekommen wäre.



Es gibt aber auch den Einwand: Wenn ich beteilige, dann erreiche ich nur die ohnehin bereits aktiven Bürger/innen. Sozial benachteiligte Bevölkerungsgruppen bleiben außen vor. Demokratie wird dann noch ungleicher.

Das ist in der Tat eine Gefahr. Dennoch lässt sich der vorgebrachte Einwand leicht entkräften. Wir verfügen mittlerweile über ein großes und erprobtes Spektrum von Beteiligungsverfahren, mit denen sich repräsentative Ergebnisse erzielen lassen, sogar repräsentativere als durch Wahlen. Es muss der Anspruch sein, Beteiligungsprozesse so zu gestalten, dass eine möglichst breite und repräsentative Beteiligung gewahrt bleibt.

**Wie wichtig ist auf kommunaler Ebene eine beteiligungsfreundliche Infrastruktur?**

Ganz wichtig. Je besser die Infrastruktur, desto regelmäßiger und selbstverständlicher können Bürger/innen beteiligt werden. Dazu bräuhete es erstens eine veränderte Verwaltungskultur auf Augenhöhe mit den Bürger/innen. Zweitens wäre es wichtig, in Schulen vorzubereiten auf die aktivere Rolle der Bürgerschaft. Worum es dabei geht, lässt sich oft schmerzlich erfahren, wenn man versucht, Kinder- und Jugendbeteiligung voranzubringen. Dass nämlich die Schule völlig ausfällt, wenn es darum geht zu erklären, wie Kommunalpolitik praktisch funktioniert. Drittens müssen inner- und außerhalb der Verwaltung Netzwerkstrukturen geschaffen werden mit kompetenten Unterstützer/innen für Beteiligungsprozesse. Denn auch die Bürgerschaft muss Beteiligung lernen. Bürger/innen dürfen sich z.B. durch Beteiligung nicht überfordert fühlen. Klar ist aber auch: Repräsentation wird weiterhin notwendig sein. Niemand möchte dauernd in allen Fragen beteiligt sein und alles mitbestimmen können. Aber Einmischung sollte stets möglich sein. Dabei können rechtliche Garantieren helfen, beispielsweise in Form von beteiligungsfreundlichen Kommunalverfassungen. Das wäre eine neue Entwicklungsstufe der Demokratie.

Das vollständige Gespräch mit Roland Roth als Videomitschnitt unter [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)

Neue Publikation

## Bürgerbeteiligung und partizipative Kommunalentwicklung

**Bürgerbeteiligung bietet vielfältige Chancen für eine zukunftsfähige kommunale Entwicklung. Eine neue Arbeitshilfe der Stiftung MITARBEIT stellt neue und erprobte Beteiligungsverfahren für den kommunalen Alltag vor. Das praxisnahe und handlungsorientierte Buch wendet sich an kommunale Praktiker/innen aus Politik und Verwaltung ebenso wie an engagierte Bürger/innen und NGOs.**

**W**ie lassen sich die Bedürfnisse der Bürgerinnen und Bürger identifizieren und ihre zahlreichen Ideen strukturiert sammeln? Wie können in der Kommune gemeinsam Visionen und Aktionspläne entwickelt werden? Wie lassen sich abweichende kommunale Interessen integrieren und Konflikte zwischen zwei oder mehreren Parteien lösen? Ausgehend von diesen Fragen stellt die Arbeitshilfe sechs verschiedene Beteiligungsverfahren vor. Ob Zukunftskonferenz oder Diskursive Bürgerversammlung: die beiden Autoren Jürgen Smettan und Peter



Patze geben methodische Tipps, wie sich kommunalpolitische Herausforderungen einfach und unkompliziert beteiligungsorientiert gestalten lassen. Alle ausgewählten Methoden tragen zu einer partizipativen Kommunalentwicklung und damit zur Stärkung lokaler Demokratie bei.

Jürgen Smettan, Peter Patze: *Bürgerbeteiligung vor Ort – Sechs Beteiligungsverfahren für eine partizipative Kommunalentwicklung*. Arbeitshilfen für Selbsthilfe- und Bürgerinitiativen Nr. 44, Bonn 2012, Verlag Stiftung MITARBEIT, 114 S., 8,- Euro, ISBN 978-3-941143-14-2, zu beziehen über den Buchhandel oder [www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)



Mitte Juni 2012 fand in Köln das erste Treffen des von der Stiftung MITARBEIT initiierten Netzwerks Bürgerbeteiligung statt. Rund 100 Netzwerker/innen nutzten die Gelegenheit, sich persönlich kennenzulernen und eine erste Basis für die Zusammenarbeit im Netzwerk zu schaffen. Die Themen der Projektinitiativen, die auf den Weg gebracht wurden, reichten von der Einbeziehung schwer erreichbarer Akteursgruppen in Beteiligungsprozesse über die Etablierung von Bürgerbeteiligung auf kommunaler Ebene bis zu den »Qualitätskriterien Bürgerbeteiligung«. Anmeldungen als Netzwerker/in unter [www.netzwerk-buergerbeteiligung.de](http://www.netzwerk-buergerbeteiligung.de)

## Die ungleiche Bürgergesellschaft

**Dass soziale Herkunft, Einkommen und Bildung in Deutschland maßgeblich die Berufs- und Lebenschancen beeinflussen, ist ein offenes Geheimnis. Die Erkenntnis, dass sozial Benachteiligte in allen Formen gesellschaftlicher Partizipation unterrepräsentiert sind, gilt auch für die Bürgergesellschaft und das politische Engagement. Politische Formen der Partizipation werden von diesen Bevölkerungsgruppen kaum genutzt. Klar ist deshalb: Bei der Debatte um eine Stärkung der Demokratie und den Ausbau der Bürgerbeteiligung muss die soziale Dimension stärker berücksichtigt werden.**

**D**ie Überzeugung, politisch etwas bewirken und verändern zu können, prägt das Engagement- und Partizipationsverhalten. Die Erfahrung lehrt jedoch, dass Beteiligungsangebote häufig nur von solchen Akteursgruppen genutzt werden – beispielsweise von Menschen mit höheren Bildungsabschlüssen – die von der Wirksamkeit ihres Engagements überzeugt sind. Für Sebastian Bödeker, Forscher am Berliner Wissenschaftszentrum für Sozialforschung, ist die Lage eindeutig: Soziale und wirtschaftliche Ausgrenzung führen nicht zu einer gesteigerten Bereitschaft zu Protest

und politischem Engagement, sondern zu politischer Apathie. Die der politischen Gleichheit verpflichtete Demokratie braucht aber auch die Mitwirkung derjenigen Menschen, die sich aufgrund ihrer Lebenssituation, ihrer Bildung oder gesellschaftlichen Stellung nicht oder nur in geringem Maße artikulieren.

Doch wie lässt sich die Zunahme der sozialen Selektivität im Bereich der politischen Partizipation überwinden? Bödeker macht deutlich, dass es Wege aus dieser Schieflage gibt. Investitionen in Bildung, Sozialreformen oder institutionelle Veränderungen des politischen

Systems seien demnach zwar gut und wichtig, wirkten aber eher langfristig. Um den Abbau von Partizipationsunterschieden und die aktive Einbeziehung sozial benachteiligter Menschen in die vorhandenen Partizipationsstrukturen zu erreichen, fordert Bödeker eine stärkere Sozialraumorientierung in der Beteiligungspraxis: »Wer das Engagement sozial Benachteiligter fördern will, muss die Anknüpfungspunkte hierfür im unmittelbaren Nahbereich der Menschen suchen.«

Zugleich fordert er dazu auf, die Lebenssituation sozial benachteiligter Menschen durch Empowerment-Prozesse zu verbessern. Die Interessen benachteiligter Bevölkerungsgruppen müssten durch lebensweltnahe Themen und durch die Auswahl geeigneter beteiligungsorientierter Verfahren methodisch besser erfasst und stärker in der Politik berücksichtigt werden. Auch zivilgesellschaftliche Organisationen müssten in Zukunft besser auf die Bedürfnislagen sozial benachteiligter Gruppen eingehen.

*Der Beitrag von Sebastian Bödeker online unter [www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag\\_boedecker\\_120622.pdf](http://www.buergergesellschaft.de/fileadmin/pdf/gastbeitrag_boedecker_120622.pdf)*

### Ein Jahr Bundesfreiwilligendienst

## Freiwillig zwischen Ehrenamt und Erwerbsarbeit

**In diesen Tagen feiert der Bundesfreiwilligendienst (BFD) seinen ersten Geburtstag. Das Heidelberger Centrum für Soziale Investitionen und Innovationen und die Hertie School of Governance haben eine erste umfassende Studie zum Bundesfreiwilligendienst vorgelegt. Eine Erkenntnis: Der Bundesfreiwilligendienst stößt über Alters- und soziale Grenzen hinweg auf breite Resonanz.**

**D**er Bundesfreiwilligendienst ist ein Angebot an Frauen und Männer jeden Alters, sich außerhalb von Beruf und Schule für das Allgemeinwohl zu engagieren – im sozialen, ökologischen und kulturellen Bereich oder im Bereich des Sports, der Integration sowie im Zivil- und Katastrophenschutz. Im ersten Jahr seines Bestehens nutzen 35.000 Menschen das neue Angebot. Die Besetzung aller zur Verfügung stehenden Stellen und die Offenheit des Dienstes wertet die Studie bereits als einen ersten Erfolg.

Vor allem Menschen in Umbruchphasen engagieren sich beim BFD: beispielsweise nach der Schulzeit, als Alternative zur Arbeitslosigkeit oder auch als sinnstiftende Tätigkeit in der Rente. Etwa 30 % der Plätze sind von über 27-Jährigen besetzt. Dadurch steigt für Einsatzstellen die Anforderung, sich auf diese ältere Klientel einzustellen und entsprechende Tätigkeitsprofile und Bildungskonzepte zu entwickeln.

Auffällig ist die unterschiedliche Zusammensetzung der Teilnehmenden in Ost und West. Die Studie

zeigt: Im Osten macht die Altersgruppe der 27- bis 65-Jährigen bis zu Dreiviertel der engagierten Freiwilligen aus, in den meisten westlichen Bundesländern sind es lediglich rund 20 Prozent. Der Grund hierfür liegt vermutlich in der höheren Arbeitslosigkeit in Kombination mit einer aktiven Informationspolitik der Regionalbetreuer und Arbeitsagenturen.

Die Umstellung von einem Pflicht- auf einen Freiwilligendienst und die Einführung eines staatlich gesteuerten Dienstes beeinflusst und verändert die Logik des Dritten Sektors nachhaltig. Die Studie zieht gleichwohl ein verhalten optimistisches Fazit. Für die Weiterentwicklung des Angebots empfehlen die Autoren, das Profil des Dienstes zu schärfen und sich klarer zwischen Ehrenamt und Erwerbsarbeit zu positionieren.

*Die Studie online unter [https://www.csi.uni-heidelberg.de/downloads/Untersuchung%20BFD\\_CSI%20Hertie%20School.pdf](https://www.csi.uni-heidelberg.de/downloads/Untersuchung%20BFD_CSI%20Hertie%20School.pdf)*

## Bürgerbeteiligung als Motor der kommunalen Entwicklung

Welche Potenziale und Chancen bieten sich in den Kommunen durch eine verstärkte Bürgerbeteiligung? Wo liegen die Herausforderungen, die mit Hilfe partizipativer Prozesse leichter – oder überhaupt erst – zu bewältigen sind?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des diesjährigen »Forums für Bürgerbeteiligung und kommunale Demokratie« (14. bis 16. September 2012 in Loccum). Unter anderem geht es darum, wie die Herausforderungen der Energiewende partizipativ gestaltet werden können, wie Bürger/innen ihre Anliegen und Forderungen nach einer besseren Beteiligung in der Kommune voranbringen und wie kommunale Konflikte mit Hilfe partizipativer Prozesse auf einem für alle Beteiligten gewinnbringenden Weg gelöst werden können.

Als Referent/innen wirken u. a. mit: Sebastian Beck (vhw, Berlin), Michaela Bonan (Stadt Dortmund), Mark Classen (Bezirksabgeordneter Altona, Hamburg), Dr. Martina Handler (ÖGUT, Wien), Michaela Hustedt (CPC Berlin), Claudine Nierth (Mehr Demokratie e. V.), Wolfgang Pohl (Heinrich-Böll-Stiftung), Wolfgang Prauser (StadtteilNetz Hannover), Dr. Bettina Reimann (Deutsches Institut für Urbanistik), Roland Schüler (Friedensbildungswerk Köln), Herta Wessely (Aktion 21, Wien) Hannes Wezel (Staatsministerium BW, Stuttgart).

Der aktuelle Planungsstand steht online unter [www.mitarbeit.de/forum2012.html](http://www.mitarbeit.de/forum2012.html); weitere Informationen bei Claudia Leinauer ([leinauer@mitarbeit.de](mailto:leinauer@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Schwer erreichbare Zielgruppen einbeziehen

Bürgerbeteiligung braucht die Mitwirkung aller relevanten Akteursgruppen, um ihrem Anspruch nach demokratischer Mitgestaltung gerecht zu werden. Wie schaffen wir es, Menschen zu erreichen, denen die Beteiligung nicht »nahe liegt« und die unter Bedingungen leben, die politische Teilhabe erschweren? Wie können wir z.B. Migrant/innen, benachteiligte Jugendliche und Menschen, die am Rande unserer Gesellschaft leben, für Beteiligung gewinnen und sie dabei unterstützen, ihre Interessen zu artikulieren?

Diese Fragen stehen im Mittelpunkt des Seminars »Alle im Boot?!« (26. bis 27. Oktober 2012 in Mülheim an der Ruhr). Gemeinsam mit Praktiker/innen diskutieren die Teilnehmer/innen, wie Menschen erreicht werden können, die üblicherweise für Beteiligungsangebote »schwer zu erreichen« sind. Welche Methoden können sinnvoll eingesetzt werden und wie müssen Prozesse entsprechend ausgestaltet werden?

Nähere Informationen bei Marion Stock ([stock@mitarbeit.de](mailto:stock@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

## Social Media für Initiativen und Vereine

»Social Media« stehen für einen kulturellen Wandel in unserer Gesellschaft. Sie versprechen mehr Transparenz, Partizipation, Dialog und Kooperation.

Im Mittelpunkt des Seminars (21. bis 23. September 2012 in Göttingen) steht die Frage, wie sich politisches und soziales Engagement in der lokalen Bürgergesellschaft über das Web organisieren lässt. Welche Bedeutung haben »Social Media« für die Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen? Wie können bürgerschaftliche Akteure, Initiativen und Vereine über das Netz Interesse für ihr Anliegen wecken,

Kampagnen starten, für eine lokale Öffentlichkeit sorgen? Wie können sie über das Internet gemeinsame Projekte entwickeln und Aktivitäten planen und umsetzen.

Die Teilnehmer/innen lernen die gängigen Tools und die Bedeutung einer Social Media Strategie kennen. Sie diskutieren die Möglichkeiten von Social Media an praktischen Beispielen. Dabei geht es um die Frage, wie das bürgerschaftliche, politische und soziale Engagement gestärkt werden kann.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz ([antz@mitarbeit.de](mailto:antz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

### Seminar

## Werkstatt Gemeinwesenarbeit

Die Gemeinwesenarbeit hat sich zu einem ausdifferenzierten Arbeitsfeld entwickelt: Community Organizing, Lokale Ökonomie, Quartiermanagement, Sozialraumorientierung, Stadtteilarbeit sind eigenständig etablierte, aktivierende und beteiligungsorientierte Handlungsfelder. Das Arbeitsprinzip Gemeinwesenarbeit hat in vielen Handlungsbereichen Wurzeln geschlagen.

Die GWA Werkstatt (11. bis 13. September 2012 in Hofgeismar) widmet sich den Themen, die das Arbeitsfeld derzeit dominieren: Lokale Governance, Diversity und Inklusion. Die Werkstatt versteht sich als Ort der Fortentwicklung bestehender Konzepte, der Innovation und des kreativen Austauschs. Es sollen neue Ideen und Handlungsansätze für die Praxis entwickelt werden. Neben Vorträgen zum Tagungsthema und zur Zukunft in dörflichem, städtischem und internationalem Rahmen werden aktuelle Methoden zur Aktivierung und Beteiligung vorgestellt und erprobt.

Nähere Informationen bei Eva-Maria Antz ([antz@mitarbeit.de](mailto:antz@mitarbeit.de)) in der Bundesgeschäftsstelle

### Impressum

mitarbeiten  
Informationen der  
Stiftung MITARBEIT  
Vierteljährlich, kostenlos



Redaktion:  
Hanns-Jörg Sippel, Ulrich Rüttgers

Stiftung MITARBEIT  
Ellerstraße 67  
53119 Bonn  
Telefon (02 28) 6 04 24-0  
Telefax (02 28) 6 04 24-22  
E-Mail [info@mitarbeit.de](mailto:info@mitarbeit.de)  
[www.mitarbeit.de](http://www.mitarbeit.de)  
[www.buergergesellschaft.de](http://www.buergergesellschaft.de)

Vorstand: Hanns-Jörg Sippel (Vorsitzender), Beate Moog

Stiftungsrat: Prof. Dr.-Ing. Bettina Oppermann (Vorsitzende)

Konto: Volksbank Bonn Rhein-Sieg  
(BLZ 380 601 86) Kto. 20 10 54 00 14

Die Stiftung MITARBEIT wird vom Bundesinnenministerium gefördert.